

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
3003 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Staatssekretariat für Wirtschaft
3003 Bern

Per E-Mail an: M21-24@eda.admin.ch

22. August 2019

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur internationalen Zusammenarbeit 2021-2024

Sehr geehrte Herren Bundesräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zur Internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2021-2024 und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Allgemeine Beurteilung der Vorlage

Die Grünliberalen begrüssen, dass der Bundesrat mit dieser Vernehmlassung eine Plattform für eine breite Diskussion über die Entwicklungszusammenarbeit bietet. Sie erachten die Ausrichtung und die Schwerpunkte für die neue Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit 2021-2024 als grundsätzlich sinnvoll. Die stärkere geographische und thematische Fokussierung wird unterstützt. Die Grünliberalen erwarten aber mit Blick auf die Botschaft einen grösseren Detaillierungsgrad in Bezug auf die vorgesehene Programmierung und strategische Verwendung der Gelder.

Korrekturbedarf besteht bei der thematischen Mittelverteilung, beim Gesamtvolumen der Botschaft und der einzelnen Rahmenkredite, um die Vorgaben des Parlaments einzuhalten (Umsetzung des Parlamentsbeschlusses vom Februar 2011, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0.5 % des Bruttonationaleinkommens [BNE] zu erhöhen) und die internationalen Verpflichtungen (z.B. Biodiversitätsfinanzziele und Klimafinanzziele) zu erfüllen.

Die Grünliberalen fordern zudem eine stärkere Ausrichtung entlang der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele.

Zusammenfassend fordern die Grünliberalen:

- 1) Die Erhöhung des Gesamtvolumens der Botschaft für IZA 2021-2024 auf 0.5 % des BNE.
- 2) Insgesamt 30 % der IZA-Mittel sollen für IZA-Projekte und -Programme im Umweltbereich investiert werden. 20 % sollen für Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern verwendet werden (als Teil der Umweltfinanzierung).
- 3) Die Erhöhung der Mittel für friedensstiftende Massnahmen auf 5 % des gesamten IZA-Portfolios.
- 4) Eine stärkere inhaltliche Ausrichtung entlang der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele.

- 5) Die Integration der Armutsreduktion in die Zielsetzungen der Schweizer IZA und eine entsprechende Anpassung von Ziel 1.
- 6) Ein umfassenderes Umwelt-Ziel für die Schweizer IZA und einen entsprechenden thematischen Schwerpunkt, der die ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung abbildet.
- 7) Eine detailliertere Beschreibung der Schwerpunkte und der geplanten Umsetzung in der Botschaft, um dem Parlament mehr Informationen darüber zu geben, wie die IZA-Ausgaben über die nächsten vier Jahre investiert werden sollen.
- 8) Eine stärkere geografische Fokussierung der Schweizer IZA durch eine weitere Reduktion der Schwerpunktländer ausserhalb von Lateinamerika, zum Beispiel in Osteuropa.

Stellungnahme zu den vom Bundesrat gestellten Fragen

1. Entsprechen die vorgeschlagenen Ziele Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz? (Ziff. 2.3)

Antwort:

Die Grünliberalen unterstützen die stärkere Fokussierung und die Reduktion der Ziele im Rahmen der IZA 2021-2024. Die stärkere Fokussierung auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in der Zielformulierung wird begrüsst, doch fehlt ein breiteres Verständnis der sozialen und ökologischen Dimensionen der Nachhaltigkeit und eine strategische Ausrichtung entlang der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Die Grünliberalen fordern insbesondere eine stärkere Integration des Gedankens der Armutsreduktion in den vier Zielen der IZA 2021-2024 (siehe Kapitel 2.3 des erläuternden Berichts) und beantragen deshalb, Ziel 1 anzupassen und wie folgt zu formulieren:

„Ziel 1: **Gezielt zur Armutsreduktion**, zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum, zur Erschliessung von Märkten und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen (**Armutsreduktion und wirtschaftliche Entwicklung**)“

Entsprechend soll im Anhang 2 auch ein weiteres Teilziel zur Armutsreduktion unter dem Ziel 1 formuliert werden.

Die Grünliberalen sind sehr erfreut über das Ziel 2, (Klimawandel, Umwelt) das endlich auch die ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung in der Strategie der Schweizer IZA verankert. Sie fordern jedoch eine breitere Formulierung des Ziels, damit die Schweiz mit dessen Erfüllung zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen im Rahmen der Umweltkonventionen beitragen kann. Die Schweizer IZA soll den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Umwelt insgesamt in ihre Projekte und Programme integrieren und sich nicht nur auf den Klimaschutz und die Nutzung der natürlichen Ressourcen fokussieren. Deshalb beantragen die Grünliberalen folgende Anpassung von Ziel 2:

„Ziel 2: Die natürlichen Ressourcen **schützen und** nachhaltig bewirtschaften sowie den Klimawandel und dessen Auswirkungen **effektiv und effizient** bekämpfen. (Umwelt)“

Entsprechend soll im Anhang 2 auch ein Teilziel formuliert werden, welches den Schutz der natürlichen Ressourcen und nicht nur deren nachhaltige Bewirtschaftung umfasst.

2. Entsprechen die neuen Schwerpunkte Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz? (Ziff. 2.4)

Antwort:

Die Grünliberalen begrüßen die thematische Fokussierung der Schwerpunkte und grundsätzliche Einschränkung der bisher sehr grossen Themenbreite der Schweizer IZA. Sie unterstützen auch die Kriterien, welche für die Stossrichtung der Schweizer IZA und die Auswahl der Einsatzregionen angewendet werden sollen. Sie wünschen sich aber insgesamt eine stärkere inhaltliche und strategische Orientierung entlang der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele.

Die Grünliberalen fordern, dass die thematischen Schwerpunkte die Ziele der Schweizer IZA vollumfänglich abbilden. Im Vorentwurf wird das Umwelt-Ziel jedoch nur mit dem thematischen Schwerpunkt „Klimawandel“ abgedeckt, und das vorgesehene Klimafinanzierungsziel ist zu tief und wird den globalen Herausforderungen nicht gerecht. Die Grünliberalen fordern daher einen umfassenderen thematischen Schwerpunkt im Umweltbereich, da – wie im erläuternden Bericht unter Ziffer 1.2.3 aufgeführt – die globalen Herausforderungen im Umweltbereich über den Klimawandel hinausgehen. Der thematische Schwerpunkt Umwelt sollte die Bereiche Klimaschutz, Biodiversitätsschutz und nachhaltige Nutzung, Abfallthematik und Wasser umfassen. Zudem ist der vorgesehene finanzielle Umfang für den Schwerpunkt Umwelt auf insgesamt 30 % der gesamten IZA-Mittel zu erhöhen, damit auch finanziell der Umwelt-Dimension in der nachhaltigen Entwicklungs-Zusammenarbeit der Schweiz ausreichend Rechnung getragen wird. Dies könnte teilweise durch die Erhöhung der gesamten IZA-Mittel auf 0,5 % des BNE und beispielsweise durch eine Kürzung der Ausgaben für den Schwerpunkt Migration erwirkt werden. Zudem sollten Projekte idealerweise mehrere Zwecke erfüllen, so liessen sich beispielsweise mit Projekten im Bereich „Grüne Wirtschaft“ sowohl Ziele im Umweltbereich als auch im Bereich wirtschaftliche Entwicklung erreichen. Der vorliegende Entwurf sieht nur ca. 12.3 % der IZA-Mittel für Klimaschutzmassnahmen vor. Das ist sowohl für den Klimabereich als auch für den ganzen Umweltbereich viel zu wenig. Andere Entwicklungsorganisationen und -agenturen haben in ihrem Portfolio bis zu 40 % Umweltfinanzierung. Die Weltbank hat insgesamt schon wesentlich mehr als 20 % Klimafinanzierung in ihrem gesamten Portfolio, obwohl sie sich primär auf Infrastrukturaufbau und Armutsbekämpfung konzentriert. Durchschnittlich investieren die Mitgliedsstaaten des OECD Entwicklungskomitees 33 % ihres Portfolios für Entwicklungsprojekte mit Umweltfokus, bzw. 25 % ihres Portfolios für Projekte und Programme mit einem Fokus auf Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern. Daher ist es aus Sicht der Grünliberalen problemlos möglich, den Anteil der Umweltfinanzierung im Portfolio der Schweizer IZA auf insgesamt 30 % der gesamten Ausgaben zu erhöhen. 20 % sollten für Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern (Teil der 30 % für Umweltfinanzierung) verwendet werden, um sicher zu stellen, dass die Schweiz einen angemessenen Beitrag an das globale Klimafinanzierungsziel von USD 100 Milliarden aus öffentlichen und mobilisiert privaten Mitteln erreicht.

Der Detaillierungsgrad der Beschreibungen der thematischen Schwerpunkte ist aus Sicht der Grünliberalen ungenügend. Diese sind sehr knapp gehalten, was es dem Parlament erschwert, die strategische Führung der Programmierung der Schweizer IZA für die nächsten vier Jahre zu übernehmen. So ist es beispielsweise für die Grünliberalen zentral, dass die Schweizer IZA durch ihr bilaterales und ihr multilaterales Engagement keine Projekte und Programme mehr unterstützt, welche nicht-erneuerbare Energieformen umfassen. So soll sich die Schweiz z.B. konsequent gegen jegliche fossile Energiekraftwerke in den multilateralen Entwicklungsbanken einsetzen. Aus den bestehenden Dokumenten und basierend auf der dargelegten Granularität ist es aber nicht ersichtlich, ob das für die Schweiz weiterhin möglich sein wird, obwohl Klimawandel als thematischer Schwerpunkt definiert wurde. Die Grünliberalen fordern daher mit Blick auf die Botschaft einen grösseren Detaillierungsgrad der Beschreibungen.

Die Grünliberalen unterstützen den Schwerpunkt „Arbeitsplätze“, wünschen sich aber eine stärkere Integration der Schweizer Erfahrungen im Bereich des Arbeitsrechts. Die Schweiz hat in diesem Bereich sehr viele gute

Erfahrungen, die sie in der IZA einbringen kann. So könnte die Schweizer IZA auch die soziale und nicht nur die wirtschaftliche Seite des thematischen Schwerpunkts „Arbeitsplatz“ vermehrt bearbeiten.

Die Grünliberalen begrüßen weiter den stärkeren Fokus auf die Kooperation mit dem Privatsektor und die Integration innovativer Finanzinstrumente. Sie unterstützen die thematischen Schwerpunkte „Rechtsstaat“ und „Digitalisierung“ explizit. Sie begrüßen zudem die verstärkte Wirksamkeitsorientierung, welche von den Grünliberalen klar gefordert (siehe 18.4301 Postulat Weibel Thomas. Evidenzbasierte Ansätze und Wirksamkeitsstudien in der internationalen Zusammenarbeit) und nun im Schwerpunkt „qualitativ hochstehende wissenschaftliche Forschung zu den Auswirkungen der IZA“ abgebildet wurde.

3. Entspricht die vorgeschlagene geografische Fokussierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz? (Ziff. 2.4. 1 und 3. 1. 2)

Antwort:

Die Grünliberalen begrüßen eine stärkere geografische Fokussierung des gesamten IZA-Portfolios sehr und sind mit der Verschiebung des DEZA-Portfolios weg aus Lateinamerika einverstanden. Es ist für die Grünliberalen aber nicht einleuchtend, weshalb das SECO weiterhin plant in Lateinamerika aktiv zu sein. Falls als Teil der Aussenwirtschaftsentwicklungszusammenarbeit des SECO der Umweltfokus in Lateinamerika stärker im Zentrum steht, könnten die Grünliberalen den weiteren Aktivitäten des SECO in Lateinamerika zustimmen. Da insbesondere Umweltprojekte in Ländern mit hohem Urbanisierungsgrad und stärkerer wirtschaftlicher Entwicklung (trifft auf die meisten Länder in Lateinamerika zu) häufig mehr Resultate erzielen und somit auch gerechtfertigt sind. Es ist für die Grünliberalen schwer nachvollziehbar, weshalb nach wie vor eine so grosse Zahl von Ländern in Osteuropa Unterstützung erhalten soll. Weshalb ist es der Schweizer IZA nicht möglich, ihre Schwerpunktländer und -regionen noch weiter zu reduzieren? Die Grünliberalen fordern zudem, dass in der IZA-Botschaft klar dargestellt wird, welche Aktivitäten von DEZA und SECO in welchen Ländern schweremotiviert geplant werden. Im erläuternden Bericht ist das nur für die gemeinsamen Schwerpunktländern ersichtlich.

Bemerkungen zu weiteren Themenbereichen

Finanzen

Die Grünliberalen fordern eine Erhöhung der Rahmenkredite der IZA-Botschaft auf ein Niveau, das sicherstellt, dass die Schweiz insgesamt 0.5 % des BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe investiert. Die entsprechenden Parlamentsentscheide von 2011 müssen umgesetzt werden. 2016 wurden 0.53 % des BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe investiert. Aufgrund der Kürzungsmassnahmen wurden jedoch 2018 nur noch 0.44 % des BNE investiert. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten wie beispielsweise Schweden, Deutschland oder dem Vereinigten Königreich, ist die Schweiz der einzige Staat, der damit eine Abnahme seiner öffentlichen Entwicklungshilfe über die letzten vier Jahre zu verzeichnen hat und seine internationalen Zusagen damit nicht vollumfänglich einhält.

Die vorgesehenen Mittel für friedensstiftende Massnahmen sind mit dem Rahmenkredit zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit mit insgesamt 2.3 % des Portfolios viel zu tief. Es ist zudem aus dem vorliegenden Entwurf nicht ersichtlich, wie viele Mittel aus den anderen Rahmenkrediten ebenfalls für friedensstiftende Massnahmen verwendet werden. Massnahmen zur Förderung und Erhaltung des Friedens sind erwiesenermassen wesentlich günstiger als Massnahmen zum Schutz der Schwächsten, wenn ein Krieg bereits ausgebrochen ist. Die Schweiz hat eine langjährige Tradition und viel Erfahrung im Bereich der friedensfördernden Massnahmen, weshalb diese stärker ausgebaut werden sollte. Die Grünliberalen beantragen deshalb eine Erhöhung der Mittel für friedensstiftende Massnahmen auf 5 % des gesamten IZA-Portfolios. Die Erhöhung könnte durch die schrittweise Erhöhung der Schweizer IZA auf 0.5 % des BNE erreicht werden.

Zudem fordern die Grünliberalen, wie vorne erwähnt, eine Erhöhung der Mittel für den Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung unserer natürlichen Ressourcen und den globalen Klimaschutz auf 30 % des gesamten IZA-Portfolios.

Partnerinstitutionen der Schweizer IZA

Die Grünliberalen begrüßen, dass die Schweizer IZA für die Umsetzung der Projekte und Programme mit etlichen multilateralen Institutionen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet. Sie fordern aber, dass diese Organisationen grundsätzlich politisch neutral sind, bzw. deren Finanzierung nur nach durchgeführter Kontext-Analyse (insbesondere Abschätzung und Prüfung der verbundenen Risiken) stattfinden darf.

Lokale Mitarbeitende

Die Grünliberalen begrüßen die Anstellung von lokalen Angestellten in den Kooperationsbüros der Schweizer IZA im Ausland. Sie bewahren das lokale Wissen und gewährleisten die nötige Kontinuität, da das Schweizer Personal alle 3-6 Jahre von den Stellen wegtrotzt. Das kann aber auch zu Herausforderungen führen, insbesondere wenn nationale Angestellte viel länger im Kooperationsbüro angestellt sind als ihre Schweizer Vorgesetzten. Es ist daher zu prüfen, ob für nationale Angestellte der Kooperationsbüros Laufzeitbeschränkungen der Anstellungsverträge eingeführt werden sollten, um allfällige Abhängigkeiten und Herausforderungen zu reduzieren.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrätin Tiana Moser, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion